

Laibacher Zeitung.

Nr. 147.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 2. Juli.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1875.



Kaiser Ferdinand I.

Ferdinand I. (Carl Leopold Joseph Franz Marcellin), Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn, Böhmen etc. etc., Erzherzog von Oesterreich etc. etc., Inhaber des Kürassier-Regiments Nr. 4; geb. in Wien am 19ten April 1793, gekrönt als König von Ungarn zu Preßburg am 28. September 1830; trat nach dem Ableben Seines Vaters, Kaiser Franz I., am 2. März 1835 die Regierung der österreichischen Monarchie an; ließ sich am 14. Juni 1835 zu Wien huldigen; wurde gekrönt als König von Böhmen am 7. September 1836 zu Prag, und als König der Lombardie und Venedigs am 6. September 1838 zu Mailand; entsagte dem österreichischen Kaiserthron zu Gunsten Seines Neffen, Sr. Majestät des Kaisers Franz Joseph I., am 2. Dezember 1848, nach vorhergegangener Thronfolge-Verzichtleistung Seines Bruders, des Erzherzogs Franz Karl.

Kaiser Ferdinand ist am 29. Juni 1875 in das Reich der großen Todten eingegangen, in eine Welt, wo es kein Leiden, keinen Schmerz, keine Thräne, wo es nur ewige Freuden gibt.

Unter der glorreichen Regierung Sr. Majestät des Kaisers Ferdinand I. wurde Oesterreich-Ungarn mit einer ansehnlichen Zahl weiser Gesetze beglückt. Unter der glorreichen Regierung Ferdinand des Gütigen erblickte Oesterreich das Licht der constitutionellen Freiheit. Unter der glorreichen Regierung dieses in der Geschichte Oesterreich-Ungarns einen der hervorragendsten Plätze einnehmenden Monarchen wurde in Oesterreich der Grundstein zum Aufbau des liberalen, fortschrittlichen Systems gelegt. Diese epochemachenden Thatfachen sichern dem Kaiser Ferdinand I. den Ruhm der Unsterblichkeit.

Der Wohlthätigkeitssinn Ferdinand des Gütigen war weltbekannt; tausende arme Familien empfingen aus Seinen Händen väterliche Spenden; kein Kirchlein im großen Kaiserreiche entbehrte der Unterstützung vonseite des gnädigsten, gütigsten, frommen Kaisers. Jeder Tag in der langen Lebenszeit des nun selig in Gott ruhenden Kaisers gibt Zeugnis Höchsthöchsten religiösen und wohlthätigen Sinnes. Kaiser Ferdinand der Erste von Oesterreich ist todt! Ferdinand der Gütige wird fortleben in den Herzen Seiner getreuen, dankbaren Unterthanen!

Die „Wiener Abendpost“ vom 30. v. M. meldet an leitender Stelle:

„Die erschütternde Trauerkunde von dem Ableben Sr. Majestät des Kaisers Ferdinand I. hat in den Herzen der Völker Oesterreichs einen schmerzlichen Wiederhall gefunden. An der Spitze der Leidtragenden steht unser allergnädigster Kaiser Franz Joseph und mit Ihm empfinden alle Oesterreicher, dem Kaiserhause immerdar in Liebe, Ehrfurcht und Treue ergeben, den schmerzlichen Verlust, welcher die kaiserliche Familie und mit ihr die Völker Oesterreichs getroffen hat.

Mit Kaiser Ferdinand starb der Monarch, unter dessen Regierung in Oesterreichs Geschichte der Wendepunkt einer neuen Zeit eintrat. Als stürmische Tage über Oesterreich hereinbrachen und sich während derselben das edle Herz des Kaisers und Sein milde, nur auf das Glück Seiner Völker gerichteter Sinn im schönsten Lichte zeigte, da gab Ihm der Volksmund den Beinamen, welcher Ihm auch in den Annalen der Geschichte bleibend beigelegt werden wird, den Beinamen des „Gütigen“. Und diesen Namen bewährte Er auch, nachdem Er die Zügel der Regierung, gegenüber den neuen Verhältnissen einer Zeit, der jugendlich-kraftigen Hand Seines erhabenen Neffen übergeben hatte, während Seiner stillen Zurückgezogenheit in der Königsburg zu Prag. Auch hier war Kaiser Ferdinand: „der Gütige“ immerdar, ein unermüdlicher Wohlthäter, bei welchem jeder Arme, jeder Hilfsuchende die milde, stets offene Hand zu finden sicher sein konnte, welche nicht aufhörte zu spenden, zu helfen, Thränen zu trocknen und alle guten und edlen Ziele zu fördern.

Wenn in den letzten Lebensjahren des Kaisers Seine wohlthätige Nähe zunächst in Seiner Umgebung ihren Segen verbreitete, so streute Seine milde Hand doch über alle Gauen des Vaterlandes Wohlthaten und schlug Sein Herz nicht weniger warm für Alles, was der ganzen großen Monarchie Wohl und Wehe betraf. Die Geschichte Oesterreichs wird dem Dahingeshiedenen ein segnendes, unvergängliches Andenken bewahren und den Namen des gütigen Ferdinand mit ihrem Griffel in unauslöschlichen Zügen in ihre Annalen einzeichnen!“

Nichtamtlicher Theil.

Saison morte.

Wir gehen einer stillen Saison entgegen, die großen politischen Fragen treten in den Kreis der Ruhe.

Das „Neue Fremdenblatt“ sagt an leitender Stelle: „Je weniger internationale Fragen auf der Tagesordnung stehen, um so besser für die erste politische Arbeit im Innern, um so günstiger sind die Chancen für die Freiheit der Völker. Die letzten Kriegswolken haben sich augenblicklich verzogen; die letzte Ursache selbst zu einer Wortintervention des englischen Cabinets ist beseitigt. Zwischen Berlin und Brüssel werden Complimente statt Drohungen gewechselt, und französische und deutsche Officiere constatieren übereinstimmend, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland seit dem Bestehen des deutschen Kaiserreiches noch nie so freundlich gewesen wie gegenwärtig. Wir wollen heute nicht untersuchen, ob wirklich alle Kriegswetterlöcher verstopft sind — wir brauchen wol nicht ausdrücklich zu versichern, daß wir an keinen ewigen Frieden glauben — aber es genügt uns, alle Welt darin einig zu sehen, daß gegenwärtig nirgendwo ein „Krieg in Sicht“ ist.“

Kein Staat Europa's, in dessen wohlverstandenen Interesse nicht die Erhaltung des Friedens läge. Große Aufgaben warten überall der Lösung. Der kirchenpolitische Kampf, der Deutschland durchtobt, kann nur dann zu einer Versöhnung der Geister führen, wenn sich nicht auswärtige Verwicklungen mit dem Hader der Parteien mischen. Das Verfassungswerk Frankreichs kann nur im Frieden vollendet werden; ein neuer Krieg mit Deutschland und die Constituirung der Republik wäre abermals gefährdet. Nicht in einem neuen Kriege, nein, im Frieden muß Deutschland die Eroberung von Elsaß-Lothringen beseitigen. Nicht durch einen neuen Krieg, nein, durch die friedliche und feste Consolidierung seiner inneren Verhältnisse muß Frankreich sein altes Prestige in Europa zurückerobern suchen. Kein noch so ruhmvoller Krieg hätte Rußland so reiche Vorbeeren und solch einen gewaltigen Machtzuwachs verschaffen können wie die Friedensreformen des Kaisers Alexander und die staatsmännische Mäßigung Gortschakoffs.

Was von Deutschland, Frankreich und Rußland gesagt werden muß, gilt in noch höherem Maße von Italien. Für das Königreich Victor Emanuels ist die Erhaltung des Friedens wirklich eine Lebensfrage. Ein Krieg wäre für Italien heute gleichbedeutend mit dem Beginn eines Staatsbankrotts; ein Krieg würde das große Kulturwerk, das der Italiener auf Sicilien wartet, wieder auf viele Jahre hinaus verschieben.

Und sollen wir noch ausdrücklich die Nothwendigkeit des Friedens für Oesterreich betonen. Wir können in einem Kriege nur verlieren, nichts gewinnen. Das Wort, welches Graf Andrassy in seinem Antrittscircular sprach, daß Oesterreich-Ungarn jede Eroberung perhorresciere, weil ihm jeder Zuwachs seines Gebietes nur eine Quelle neuer Verlegenheiten sein werde, dieses Wort besteht auch heute noch in voller Kraft. Was man auch in letzter Zeit gemunkelt hat von einer veränderten Orientpolitik, so hat doch noch niemand zu einem offensiven Vorgehen gegen die Türkei gerathen. Wenn unser Kaiser und der Czar, wie von verschiedenen Seiten als wahrscheinlich bezeichnet wird, sich auf der Fahrt von Eger nach Bodenbach auch über die orientalische Frage unterhalten haben, so wurde dabei ganz gewiß nicht von einer Theilung der Türkei gesprochen.

Auch in Bezug auf den Orient verfolgt die Drei Kaiser-Allianz eine Friedenspolitik, wie dies ja der Verlauf der Podgorizza-Affaire aufs Schlagendste bewiesen hat. Die friedliche Mission des Drei Kaiser-Bündnisses ist im Osten dieselbe wie im Westen: es gilt nicht die glimmende Glut zur Flamme zu schüren, sondern die wild aufstodernden Leidenschaften zu besänftigen.

Czar Alexander hat, wie in der That wol anzunehmen ist, unserem Kaiser heute noch einmal für die freundliche Art gedankt, womit derselbe in Ragusa des Geburtstages seines „erlauchten Freundes“ gedachte, dann werden die beiden Monarchen aller Wahrscheinlichkeit nach auch der Hoffnung Ausdruck gegeben haben, daß es ihnen noch lange möglich sein werde, auch dem Orient gegenüber eine Friedenspolitik zu befolgen.

Den auf den Frieden gerichteten Wünschen der Monarchen entsprechen nicht bloß die Interessen ihrer Staaten, sondern auch die Gefühle ihrer Völker. Je länger dieser Einklang dauert, um so besser für die ideellen und materiellen Interessen aller Völker Europa's. Möchten wir darum noch recht oft eine so langweilige, an großen politischen Conflicten arme Saison morte erleben wie die, der wir, wenn nicht alle Zeichen trügen, augenblicklich entgegengehen.“

Synodalstatut.

Die griechisch-orientalische Provinzial-Synode der Metropole der Bukowina und Dalmatiens hat in sechs Sitzungen ein Synodalstatut und ein Regulativ für das geistliche Synodalgericht der griechisch-orientalischen Kirche zum Beschlusse erhoben.

Das Synodalstatut besteht aus 28 Paragraphen und enthält Bestimmungen rücksichtlich der Metropole und Metropolitan-Synoden, die theils ordentliche, theils außerordentliche sein werden. Zur Metro-

polie gehören nach dem Statut die Eparchien der Bukowina und Dalmatiens, sie ist coordiniert den beiden anderen griechisch-orientalischen Metropolen, nemlich der serbischen und rumänischen, und hat im Vereine mit diesen die in Aussicht genommene General-Synode der ganzen griechisch-orientalischen Kirche in der österreichisch-ungarischen Monarchie zu bilden. Die ordentlichen Metropolitan-Synoden, deren jährliche Abhaltung in Aussicht genommen ist, haben in Wien zusammenzutreten; den Vorsitz führt dabei der Metropolitan. Die Agenden derselben sind alle Angelegenheiten, die das Dogma, den Cultus und die christliche Sitte, beziehungsweise die geistliche Disciplin betreffen. Außerordentliche Synoden sind zum Zwecke der Prüfung, Wahl und Consecration von neuen Bischöfen, respective des Metropolitan selbst einzuberufen. Auch hier führt der Metropolitan, oder wenn es sich um die Wahl eines solchen handelt, der dienstälteste Bischof den Vorsitz. Die Beschlüsse der Metropolitan-Synoden bedürfen zu ihrer Ausführbarkeit und allgemeinen Verbindlichkeit der kaiserlichen Genehmigung. Am Schlusse enthält das Statut einige Bestimmungen inbetriff der dem Metropolitan vorbehaltenen Ehrenrechte. Dahin gehört die Repräsentanz der Kirchenprovinz gegenüber dem Staate und den beiden anderen Metropolen, während die Repräsentanz gegenüber den ausländischen Metropolen und den Patriarchaten der Generalsynode zusteht.

Das Synodalgericht ist ein geistlicher Gerichtshof zweiter Instanz und entscheidet nach den Beschlüssen der Synode in Streitfachen kirchlicher Natur, dann über Klagen gegen eine geistliche Behörde der Eparchien und in Berufungsfällen gegen Entscheidungen der bischöflichen Gerichte über kirchliche Disciplinarvergehen. Das Synodalgericht wird gebildet aus den Mitgliedern der Synode, verstärkt durch zwei Presbyterial-Würdenträger, von welchen letzteren einer aus der Bukowina und einer aus Dalmatien zu entnehmen ist. Das Synodalgericht wird in der Regel alljährlich zusammentreten. Für Fälle, die keinen Aufschub erleiden können, sind außerordentliche Synodalgerichte in Aussicht genommen, welche aus zwei der bukowinaer Geistlichkeit zu entnehmenden und von den beiden Eparchialbischöfen zu wählenden Delegierten, ferner aus zwei vom Metropolitan zu ernennenden Mitgliedern zu bilden sein werden. Der Instanzenzug geht von den bischöflichen Gerichten an das Synodalgericht, von diesem in gewissen Fällen an die Generalsynode, beziehungsweise an den Kaiser; letzteres dann, wenn es sich um den gänzlichen Verlust eines Beneficiums, um die Ausschließung aus dem geistlichen Stande oder um die Excommunication handelt.

Das Statut wird nun der Krone zur allerhöchsten Sanction unterbreitet werden.

Die Synode nahm schließlich folgende Resolution an: „Die Synode begrüßt mit Ehrfurcht die Allerhöchste Entschlieung vom 9. August 1871, womit die Einberufung eines Kirchencongresses (bestehend aus Geistlichen und Laien) für die griechisch-orientalische episcopale Eparchie der Bukowina auf Grund der Allerhöchst sanctionierten Wahlordnung genehmigt wurde, knüpft daran den Wunsch, daß dieser Congress zum Segen für die bukowinaer Eparchie gereichen möge, nachdem das Zustandekommen eines Kirchencongresses der ganzen Metropolie nach Analogie der gleichartigen Congresses aus den Kirchenprovinzen der serbischen und rumänischen Metropolen wegen der geographischen Entfernung und Verschiedenheit der Verhältnisse und der Bedürfnisse der Eparchie Dalmatiens und der Bukowina nicht realisierbar erscheint.“

Stand der Armeen.

Der „Globe“ theilt nachstehende statistische Daten mit: Von den fünfzehn Staaten, aus welchen Europa besteht, haben sieben die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, und zwar Deutschland, Oesterreich, Rußland, Frankreich, Italien, Dänemark und die Schweiz; durch die Conscriptio oder durch Conscriptio und freiwilligen Eintritt ergänzen sich die Armeen von Spanien, der Türkei, von Schweden-Norwegen, Holland, Belgien, Portugal und Griechenland; bloß in England wird die Armee ausschließlich von Freiwilligen gebildet.

Von einem allgemeinen Gesichtspunkt aus, hinsichtlich der Raschheit der Mobilisierung, des Verproviantierungsdienstes u. s. kann man die Armeen der europäischen Staaten in folgende Reihenfolge stellen: 1. Deutschland, Oesterreich, Rußland, Frankreich; 2. Italien, England; 3. Belgien, Türkei, Schweden-Norwegen, Holland, Dänemark, Spanien, Portugal, die Schweiz, Griechenland, also vier Armeen erster, zwei zweiter und neun dritter Klasse, welche zusammen in runden Ziffern und auf dem Papiere eine allgemeine Macht von 7 1/2 Millionen activ dienender und 5 Millionen in Reserve befindlicher Soldaten mit 15,000 Kanonen und 1 1/2 Millionen Pferden.

Was die Marine betrifft, nimmt England den ersten Rang ein; hierauf folgen der Reihe nach Frankreich, Rußland, die Türkei, Oesterreich, Deutschland, Italien, Spanien, Holland, Dänemark, Schweden-Norwegen und Portugal. Die Gesamtzahl der Schiffe beträgt 2039, worunter 209 gepanzerte, mit 280,000 Mann und einer Ausrüstung von 15,000 Kanonen; 110 Kriegsschiffe, worunter 56 gepanzert sein werden, sind auf den europäischen Werften in Bau.

Die beiläufigen Ausgaben für die europäischen Armeen und Marinen übersteigen eine Summe von 112 Millionen Pfund Sterling per Jahr, wovon drei Fünftel auf die Landarmee entfallen. Die Kosten für den einzelnen Mann sind am niedersten in der Türkei und in Oesterreich, nemlich etwa 29 Pfund Sterling jährlich; am höchsten kommt die Ausgabe für den englischen Soldaten zu stehen, nemlich auf beiläufig 150 Pfund Sterling jährlich.

Politische Uebersicht.

Vaihach, 1. Juli.

Im Lager der preussischen Ultramontanen mehren sich die Sehnuchtszeichen nach einem Modus vivendi mit dem Staate. Der Erzbischof von Köln hat seinem Klerus mitgetheilt, daß die letzte fuldaer Bischofsconferenz beschlossen habe, eine Enthaltung der Gläubigen bei der Wahl der durch das Kirchenvermögensgesetz eingesetzten Gemeindevertretung nicht zu befürworten. Ferner hat Fürstbischof Förster von Johannesburg aus für die erledigte Stelle eines Weihbischofs bei dem Breslauer Domcapitel einen Candidaten in Vorschlag gebracht, welchen der Oberpräsident von Schlesien acceptierte.

In Versailles offenbart sich seit einigen Tagen eine entschiedene Bewegung zugunsten der baldigen Auflösung der Kammer. Die Initiative dazu wurde von den Vorständen der drei Gruppen der Linken durch den Beschluß ergriffen, ihre Parteigenossen aufzufordern nicht durch unnötige Amendements und nutzlose Debatten die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. — Endlich hat auch die Dreißiger-Commission ihre Arbeiten beschleunigt und die Wahlgesetzfrage mit einem entscheidenden Beschlusse erledigt. Mit siebenzehn gegen neun Stimmen hat sie das sechsmonatliche Domicil und das Listenscrutinium acceptiert. Eine Sectionierung der Wähler soll nur dort eintreten, wo mehr als neun Deputierte zu wählen sind, was in nicht mehr als sechs Departements der Fall sein würde. Wie der „Moniteur Universel“ mittheilt, wird Buffet diese Bestimmungen verwerfen und entschieden für die Arrondissementwahl eintreten.

Im englischen Unterhause erklärte Bourke auf eine Anfrage Butlers; die Regierung sei nicht imstande, über die politische Lage Griechenlands Auskunft geben zu können. Im Uebrigen weise die politische Situation Griechenlands, abgesehen von der Auflösung der Kammer und dem Ministerwechsel keinerlei exceptionelle Erscheinungen auf. Die Regierung kenne keinen Anlaß zu Besorgnissen. Eslington kündigt für Donnerstag eine Interpellation an, ob die Agenten der ausländischen Rheber in London, Liverpool, Leith, Newcastle und Cardiff gegen den Artikel VI des Kauffahrteischiffahrt-Gesetzes, welcher Nationalität der Schiffe betrifft, protestierten.

Der italienische Senat setzte am 29. v. M. die Berathung über die Maßregeln inbetriff der öffentlichen Sicherheit fort. Es sprachen mehrere Redner und der Ministerpräsident, welcher die Motive des Gesetzes darlegte und dessen Nothwendigkeit constatierte. Hierauf folgte die Verlesung des von 21 Senatoren unterzeichneten Suspendierungsantrages; dieser wurde abgelehnt und in die Berathung des Gesetzartikels eingegangen. Ein von Sineo beantragtes Amendement wurde nicht unterstützt. Nachdem noch mehrere Redner und der Siegelbewahrer gesprochen, wurde der Gesetzentwurf in geheimer Abstimmung mit 66 gegen 29 Stimmen angenommen.

Ein von der „Gaceta“ veröffentlichtes Decret verordnet die gerichtliche Verfolgung derjenigen Personen in Spanien, welche Güter der Liberalen ankaufen, ferner die Ausweisung jener Familien, die ein Mitglied unter den Aufständischen haben, sowie jener Mitglieder der carlistischen Juntten, die sich innerhalb vierzehn Tagen nicht unterwerfen. Weiter wird angeordnet, daß für jeden Liberalen ein Carlist gefangen gesetzt und Geiseln zurückgehalten werden. — General Martinez Campos hat die Ebro-Übergänge genommen, um zu verhindern, daß die Carlisten in den Provinzen Valencia und Aragonien nach Catalonien entfliehen. Die Carlisten concentriren fünf Divisionen in der Umgebung von Cantabrica. 28,000 Mann Regierungstruppen unter den Befehlen des Generals Zovellar marschieren gegen 12,000 Mann Carlisten, welche von Dorregaray befehligt werden. Das Hauptquartier des Generals Zovellar ist in der Richtung gegen Cantabrica abgerückt.

Die rumänische Kammer genehmigte die Anleihe von acht Millionen, welche die Stadt Bukarest zu machen beabsichtigt. — Die Kammer Session ist bis zum 13. Juli verlängert worden. Die Additionalconvention mit der berliner Eisenbahn-Gesellschaft wurde für dringlich erklärt.

Tagesneuigkeiten.

Vom Eisenberathungstage.

(Zweiter Verhandlungstag.)

Vizepräsident Director Bolny ergriff das Wort, um hinsichtlich der weiteren auf der Tagesordnung stehenden Berathungsgegenstände seinen Standpunkt und den seiner Collegen aus Ungarn darzulegen. Er bemerkte, daß die ursprüngliche Tagesordnung bloß die Einfüh-

zung des metrischen Maßes und Gewichtes zum Gegenstande hatte und daß die weiter auf die Tagesordnung gesetzte Frage der Eisenzölle von so großer national-ökonomischer und handelspolitischer Wichtigkeit sei, daß die Delegierten aus Ungarn, da sie kein specielles Mandat hierzu erhalten haben, an den Verhandlungen über diese Frage nicht theilnehmen können. Ebenso können die Delegierten aus Ungarn über die wichtige Frage der Errichtung einer Eisenbörse hier kein Votum abgeben, nachdem sie keine Gelegenheit hatten, früher in ihrem engeren Kreise diese Angelegenheit zu studieren und zu berathen. Was die übrigen Punkte der Tagesordnung anbelange, so seien sie nicht von gleicher Wichtigkeit und die Delegierten aus Ungarn könnten an den Verhandlungen theilnehmen, doch sei ihr Mandat eigentlich erloschen, nachdem die Verhandlungen über die Einführung des metrischen Maßes und Gewichtes beendet seien, und er wolle deshalb auch seine Ehrenstelle als Vicepräsident nun niederlegen.

Der Präsident ersucht namens der Versammlung Herrn Volny, er möge, wenn auch die Delegierten aus Ungarn an den weiteren Verhandlungen nicht theilnehmen, doch seine Function als Vicepräsident bis zum Schluß der Verhandlungen beibehalten, womit sich Herr Volny einverstanden erklärte.

Es wird hierauf zur Tagesordnung übergegangen und es motiviert Herr L. Werlet seinen Antrag betreffend die Abichung von Normalgewichten zu 50 Kilogrammen. Ueber diesen Antrag entspann sich nunmehr eine längere Debatte, an deren Schluß der Antrag in folgender Form angenommen wurde: „Der Eisenberathungstag wolle bei der Regierung darum ansuchen, daß Artikel 13 des Gesetzes vom Jahre 1871, betreffend die die Einführung des metrischen Maßes und Gewichtes, noch vor dem 1. Jänner 1876 dahin ergänzt werde, daß anstatt der in demselben für zulässig erklärten größten Gewichte von 20 Kilogrammen solche von 50 Kilogrammen zur Abichung zugelassen werden und daß bis zur Durchführung dieser Maßregel die bisherigen Gewichte von 50 und 100 Zoltpfund gleich 25 und 50 Kilogrammen zum Gebrauch zugelassen werden.“

Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildete der Antrag von Anton Korosi und H. Dettelbach auf die gegenseitige Zulassung geachteter Gewichte und Maße in beiden Reichshälften. Es sollen diesfalls an die Regierungen beider Reichshälften Ansuchen gerichtet werden. Dir. Volny erklärt, daß es sich im gegenseitigen Interesse empfehle, diesen Wunsch bei der ungarischen Regierung zu unterstützen, worauf der Antrag angenommen wird. Der Antrag von H. Fernau betreffend die Errichtung einer Eisenbörse in Wien, verbunden mit einem Schiedsgerichte für den Eisenhandel, wurde mit 37 gegen 30 Stimmen ebenfalls nach kurzer Debatte angenommen und in das zur Durchführung vorgeschlagene Comité die Herren: Ritter v. Friedau, Karl v. Wilde und H. Ph. Wagner, sowie der Antragsteller selbst gewählt.

Generaldirector Aug. v. Frey begründete hierauf seine Resolution, betreffend die Wiederbelebung des Eisenbahnbaues. Die Resolution geht im wesentlichen dahin: Die bei dem Eisenberathungstage Versammelten erklären, daß ihrer Ansicht nach es im allgemeinen Staatsinteresse gelegen sei, der Vervollständigung des österreichischen Eisenbahnnetzes die größte Beachtung zuzuwenden und ohne Säumen, aber auch im richtigen Maße die notwendigen Eisenbahnbauten zur Ausführung zu bringen. Zu diesem Zwecke soll von der Regierung unverweilt das Netz der noch herzustellenden Haupt-, Verbindungs- und Zweiglinien und die bezüglichlichen Bauperioden festgestellt werden, den um die Ausführung einzelner Linien sich interessierenden Privatunternehmungen soll jede zulässige Erleichterung zugewendet werden, durch solche Erleichterungen soll der Unternehmungsgedanke Privater angereizt und durch die constanteste Erfüllung der gegenüber den Actionären den garantierten Bahnen übernommenen Verpflichtungen das Vertrauen in die Sicherheit der bezüglichlichen Kapitalanlagen wieder hergestellt werden.

Die Resolution wurde vom Vergrath Schmidthammer und Herrn Reuter unter Hinweis auf die Lebensfähigkeit der österreichischen Eisenindustrie und die eventuelle Nothwendigkeit des Staatsbahnbauens zur Wiederbelebung derselben, unterstützt und von der Versammlung einstimmig angenommen.

Freih. v. Wertheim referiert über die von ihm beantragte Resolution, betreffend den Markenschutz des Inhalts, der Eisenberathungstag möge an die Regierung die Bitte richten, eine möglichst schnelle Anerkennung des für uns so dringenden Schutzes unserer Marken im deutschen Reiche zu erlangen, ferner sei an das Handelsministerium die Bitte zu richten: Es sei eine Reform des Marken- und Musterungsgesetzes vom 7. Dezember 1868 derart anzustreben, daß eine Central-Anmeldungsstelle für Marken und Muster in Wien zu errichten sei, welche gleichzeitig die Entscheidung in allen aus denselben entstehenden Streitigkeiten ohne weitere höhere Berufung zu treffen habe. Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Gustav v. Rosthorn begründete die von ihm beantragte Resolution inbetreff der Zollfrage unter detailliertem Hinweis auf die ungünstigen Produktionsbedingungen in Oesterreich, wie: hohe Steuerlasten und

Frachtsätze, hoher Zinsfuß u. s. w., wodurch die inländische Eisenindustrie der ausländischen Concurrenz gegenüber im Nachtheile sei. Er führt an, daß auch andere Staaten, insbesondere England, durch hohe Eisenzölle die Entwicklung ihrer Eisenindustrie schützten, und beantragt schließlich, der Eisenberathungstag möge empfehlen:

1. Damit Oesterreich-Ungarn wieder in den Besitz seiner handelspolitischen Autonomie komme und die Möglichkeit erlange, daß es wie Frankreich, Rußland und die Vereinigten Staaten inbezug auf Handelspolitik seinen eigenen inneren Bedürfnissen folgen könne, mögen die bestehenden Zollverträge, die sämmtlich in den Jahren 1876 und 1877 ablaufen, nicht mehr erneuert, resp. gekündigt werden.

2. Der neue Tarif möge solche Zollsätze enthalten, welche einen Ausgleich bilden zwischen den Produktionsbedingungen Oesterreich-Ungarns und des Auslandes.

3. Sollen diese Zollsätze nach Anhörung und unter beratender Mitwirkung von Angehörigen der Eisenindustrie, sowohl Industriellen wie Kaufleuten, festgestellt werden.

Regierungsrath Rossmall amendierte die vorgeschlagene Resolution im letzten Absatz dahin, daß direct die Veranstaltung einer mündlichen Enquête zur Festsetzung der Zollsätze verlangt werde, womit sich auch der Referent einverstanden erklärte.

Die Resolutionen über die Zollfragen wurden hierauf einstimmig angenommen. Ein Antrag des Herrn Kraft geht dahin, der wiener Handelskammer den Dank zu votieren, sie um Unterstützung der Beschlüsse des Eisenberathungstages zu ersuchen, sowie um Einleitung aller Schritte, die zur Durchführung derselben auch durch Intervention bei der Regierung, nöthig werden sollten. Auch soll die wiener Handelskammer ermächtigt werden, eventuell einen dritten Eisenberathungstag einzuberufen. Dieser Antrag wurde ebenfalls angenommen und der zweite österreichisch-ungarische Eisenberathungstag hierauf unter den üblichen Dankesbezeugungen des Präsidenten an die Versammlung geschlossen.

— (Vom Allerhöchsten Hofe.) Wiener Blätter melden: Se. Majestät der Kaiser Franz Josef haben sich von Prag nach Wien begeben. Die Anordnungen wegen Ueberführung der Leiche nach Wien und des Begräbnisses werden im wiener Obersthofmeisteramte getroffen, und zwar fand diesbezüglich in der wiener Hofburg unter dem Vorstehe des Fürsten Hohenlohe eine Sitzung statt, in welcher das Ceremoniel berathen wurde. Dasselbe wird wenig von dem bei dem Ableben der Erzherzogin Sophie in Anwendung gebrachten abweichen. Die einbalsamirte Leiche wird mittelst Separatzuges unter der üblichen Ehrenbegleitung nach Wien gebracht und vom Bahnhofe in der Nacht in die Hofburgkapelle getragen, wo die Aufbahrung und Schaustellung erfolgt. Das Leichenbegängnis findet wahrscheinlich kommenden Montag statt. In den Straßen, durch welche sich der Zug bewegen wird, werden die Gendärme geschlossen sein und Gasflammen brennen. Das heute festgesetzte Besatzungsprogramm wird dem Kaiser zur Genehmigung nach Prag übermittelt werden. Es ist selbstverständlich, daß sich an der Leichenseier die Mitglieder des kaiserlichen Hauses betheiligen werden; es ist jedoch möglich, daß Erzherzog Albrecht mit Rücksicht auf seinen leidenden Zustand seine angetretene Badereise nicht unterbricht. Auch das Reiseprogramm der Kaiserin erleidet keine Abänderung. Die formelle Testamentseröffnung wird in Prag in Gegenwart des Kaisers erfolgen. Nach in Postreisen cursirenden Angaben ist Kaiser Franz Josef der Erbe des Privatvermögens des Kaisers, während Erzherzog Franz Karl als Majoratsherr das Fideicommiss übernimmt, welches später gleichfalls an den Kaiser übergeht. Die verschiedenen Humanitätsanstalten sollen reich mit Legaten bedacht sein.

— (An der grazer Universität) wurde Prof. Dr. Demelius pro 1875/76 zum Rector gewählt. Die juristische Facultät wählte für das genannte Jahr den Prof. Dr. Blasche, die medicinische den Prof. Dr. Planer zum Decan.

— (Zu den grazer Excessen.) Das k. k. Bezirksgericht in Graz vernichtete dreizehn Theilnehmer des permanenten Studentencomités wegen Erlassung der bekannten Resolution zur Zeit der Alfonso-Affaire nach § 20 des Vereinsgesetzes zu zwei, den Präses nach § 4 zu drei Tagen Arrest.

— (Gaisisch.) Am 29. v. M. nachmittags, so erzählt die „Trierer Zeitung“ tauchte im Meere zwischen dem Leuchtthurme und der Militärschiffmühle in Trier der bereits wiederholte in der Bucht von Muggia gefundene Gaisisch auf. Der Commandant Sr. Majestät Kriegsdampfer „Pola“ ließ sofort ein Boot bemannt und auf das Ungeheuer Jagd machen. Dasselbe wurde zweimal angeschossen, tauchte sofort unter und ließ sich nicht wieder sehen.

Locales.

Patriotische Festtage.

Das freundliche Städtchen Rudolfs werth in Unterfrain war am 25. und 26. v. M. der Schauplatz erhebender patriotischer Festlichkeiten. Nahezu die gesammte Bevölkerung in Rudolfs werth und eine bedeutende Zahl von Gästen aus nah und fern, darunter auch der Herr k. k. Landespräsident Bohuslav Ritter v. Widmann, der Herr Landeshauptmann k. k. Hofrath Dr. Ritter von Kaltenecker und der Herr k. k. Finanzdirector Edler v. Poffaner aus Laibach nahmen daran theil.

Se. Majestät Kaiser Franz Josef geruhten dem uniformierten Bürgercorps der Stadt Rudolfs werth eine Fahne und Ihre Majestät die Kaiserin Elisabeth zu

dieser Fahne ein prachtvolles Band zu spenden, überdies die Stelle einer Fahnenpathin allergnädigst anzunehmen. Diese allerhöchsten Gnadenacte gaben dem uniformierten Bürgercorps in Rudolfs werth erfreulichen Anlaß, den Tag der Fahnenweihe festlich zu begehen.

Zu dieser Feier fanden sich auch die uniformierten Bürgercorps aus Landstraß und Gurfeld, sowie Abgeordnete des Bürgercorps von Graz ein.

Frau Celestine Edel, Gattin des Herrn k. k. Bezirkshauptmannes in Rudolfs werth, wurde mit der höchst ehrenvollen Mission betraut, bei diesem feierlichen Acte als Stellvertreterin der allergnädigsten, durchlauchtigsten Kaiserin-Fahnenpathin zu fungieren.

Am Vorabende des eigentlichen Festtages, am 25ten v. M., traf der Herr Landespräsident in Rudolfs werth ein und wurde vom uniformierten Bürgercorps mit klingendem Spiele, von der hochwürdigen Geistlichkeit, von den Beamten der k. k. Bezirkshauptmannschaft, des k. k. Kreisgerichtes, des k. k. Steueramtes, von der Stadtgemeinde-Repräsentanz, den Lehrkörpern des Staatsgymnasiums und der Volksschule empfangen. Der Herr Landespräsident nahm die Vorstellungen der einzelnen Persönlichkeiten freundlichst entgegen.

Die vorzüglich geschulte Musikkapelle des uniformierten Bürgercorps brachte der hochgeehrten Frau Fahnenpathin-Stellvertreterin und dem Herrn Landespräsidenten ein Ständchen.

Die Stadt Rudolfs werth erschien bereits am Abend des 25. v. M. im Festkleide; fast sämmtliche Häuser, die kleinsten nicht ausgenommen, prangten im Blumen- und Fahnenschmuck. Die Beleuchtung der Stadt war eine glänzende; in bunten, strahlenden Farben präsentierten sich dem Auge des Beschauers prächtige, mit sinnreichen Devisen versehene Transparente in beiden Landessprachen, der Feier des kommenden Tages entsprechend. Die einheimische Bevölkerung und die herbeigeeilten Gäste durchwogten in gehobener Stimmung die Straßen und Gassen der Stadt.

Tags darauf am frühen Morgen verkündeten zahlreiche Pöllerchüsse und klingendes Spiel der Musikkapelle des uniformierten Bürgercorps den Anbruch des hohen Festtages.

Vor dem städtischen Rathhause war der Festaltar errichtet; um 9 Uhr vormittags nahmen an beiden Seiten desselben in eigens aufgerichteten Zelten das k. k. Offiziercorps der dortigen Garnison, die k. k. Beamtenschaft, die Stadtgemeindevorstellung und die übrigen Honoratioren und gegenüber dem Festaltare die Bürgercorps von Rudolfs werth, Landstraß und Gurfeld die Aufstellung. Es erschienen der Herr k. k. Landespräsident und Herr Landeshauptmann, sodann in Begleitung des Commandanten des rudolfs werther Bürgercorps, Herrn Handelsmannes Zenker, und der beiden Ehren Damen, Frau Ida Vanger v. Podgoro, Gattin des Reichsraths- und Landtagsabgeordneten Ritter v. Vanger, und Frau Franziska Rizzoli, Gattin des Bürgermeisters in Rudolfs werth, die Stellvertreterin der durchlauchtigsten Fahnenpathin, Frau Celestine Edel; die aufgestellten Bürgercorps präsentierten das Gewehr und die Musikkapelle intonierte die Volkshymne, worauf sich zwölf hübsche, weißgekleidete, mit weiß-rothen Schärpen geschmückte und Blumensträuße haltende Mädchen als Festjungfrauen zu beiden Seiten des Altars aufstellten.

Der hochwürdige Probst des rudolfs werther Collegiatkapitels celebrierte unter Assistenz der Fest- und Feldmesse, die Musikkapelle spielte während des Gottesdienstes die Messe von Haydn und die drei Bürgercorps signalisierten die Hauptmomente des heiligen Messopfers durch Gewehrsalven.

Nach vollendetem Gottesdienste nahm der hochwürdige Pontifical die Weihe der neuen Corpsfahne vor.

Frau Celestine Edel knüpfte in Stellvertretung Ihrer k. k. Apostolischen Majestät der allergnädigsten Kaiserin als Fahnenpathin das Band auf die Fahne; es folgte der übliche Einschlag der Nägel in die Fahnensänge durch den Bürgercorps-Commandanten Zenker, Landespräsidenten Ritter v. Widmann, Landeshauptmann Dr. Ritter v. Kaltenecker, Finanzdirector v. Poffaner, Commandanten des k. k. 7. Feldjäger-Bataillons Major v. Kofen, Bürgermeister Rizzoli und viele andere Gäste und Stadtbewohner.

Nach der kirchlichen Weihe der Fahne hielt der hochw. Herr Propst Simon Wilan eine warme Ansprache an das Bürgercorps in Rudolfs werth, in welcher betont wurde: daß ungeachtet der vielen großen Städte des Kaiserreiches gerade der kleinen Stadt Rudolfs werth in so erhabener Weise ein neuerlicher Beweis kaiserlicher Huld und Gnade zutheil wurde. Der hochw. Sprecher forderte unter Hindeutung auf den Allerhöchsten Wahlspruch „Viribus unitis“ das Bürgercorps auf, die Fahne jederzeit in Ehren zu halten, sie jederzeit treu und maßlos zu bewahren, mit Treue an dem allergnädigsten Kaiserhause und an dem heiligen Glauben festzuhalten.

Unter den Klängen der Volkshymne übergab Corpscommandant Zenker die Fahne dem Bürgercorps. Der Commandant begleitete diesen Act mit einer kräftigen Ansprache. Nach Vollzug dieses kirchlichen Actes und nach feierlicher Ablegung des Fahneneides defilierten die uniformierten Bürgercorps von Rudolfs werth, Landstraß und Gurfeld vor der Frau Pathin-Stellvertreterin und dem Herrn Landespräsidenten.

